

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr
80524 München

Vorab per E-Mail (Anfragen@bayern.landtag.de)
Präsidentin
des Bayer. Landtags
Frau Barbara Stamm, MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom PI/G-4254-3/363 I 07.08.2014	Unser Zeichen IC5-2808.31-45/TAU Telefon / - Fax 089 2192-2145 / -12762	Bearbeiterin Frau Tausendpfund Zimmer 281	München 26.09.2014 E-Mail stmi.polizeieinsatz@polizei.bayern.de
--	--	--	--

Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Katharina Schulze vom 6. August 2014 betreffend Tödlicher Polizeieinsatz in Burghausen

Anlage

3 Kopien dieses Schreibens

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

das Bayer. Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr nimmt im Einvernehmen mit dem Bayer. Staatsministerium der Justiz zur schriftlichen Anfrage wie folgt Stellung:

Zu 1-4.:

Der angefragte Sachverhalt ist Gegenstand des laufenden Ermittlungsverfahrens, das bei der Staatsanwaltschaft Traunstein anhängig ist. Aufgrund des laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens sind derzeit ins Einzelne gehende Auskünfte im Interesse des Ermittlungszwecks nicht möglich.

Zu 5.: Welche Disziplinarverfahren und Ermittlungsverfahren sind nach diesem Todesfall eingeleitet worden?

Dem Beamten wurde mit sofortiger Wirkung die Führung der Dienstgeschäfte verboten. Ein Disziplinarverfahren ist eingeleitet und bis zum Abschluss des Strafverfahrens ausgesetzt.

Zu 6.: Welche Gefahrenprognose lag dem Aufgebot von ca. 100 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zugrunde, die anlässlich einer Demonstration von ca. 50 Personen, welche am Samstag, den 26. Juli 2014, friedlich vor der Polizeiinspektion Burghausen gegen Polizeigewalt Stellung bezogen haben, eingesetzt worden sind?

Einen Tag nach dem Schusswaffengebrauch am 25.07.2014 in Burghausen versammelten sich gegen 18:00 Uhr ca. 50 Personen vor der Polizeiinspektion Burghausen, um mit Transparenten lautstark ihren Unmut und ihre Verärgerung über den Tod des 33-Jährigen zum Ausdruck zu bringen. Deswegen musste die angrenzende Bundesstraße 20 gesperrt werden.

In diesem Zusammenhang wurde eine Flasche gegen das Gebäude der Polizeiinspektion geworfen.

Darüber hinaus gab es konkrete Hinweise für ein widerrechtliches Eindringen in das Dienstgebäude der Polizeiinspektion Burghausen, nachdem einige Demonstrationsteilnehmer sich bereits im Vorraum der Dienststelle befanden.

Die Demonstrationsteilnehmer blockierten zeitweise die Ausfahrt der Polizeiinspektion Burghausen, so dass die anstehenden Einsätze durch die benachbarte Polizeiinspektion Altötting übernommen werden mussten.

Aufgrund dieser Tatsachen und der konkreten Gefahr weiterer bevorstehender Straftaten wurden von den umliegenden Dienststellen Einsatzkräfte der Polizei nach Burghausen verlegt und beim Polizeipräsidium Oberbayern Süd eine Koordinierungsgruppe eingerichtet.

Durch die deeskalierende Vorgehensweise der Polizeikräfte gegenüber den Demonstrationsteilnehmern konnten weitere Beeinträchtigungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verhindert werden.

Zu 7.: Wer hat diesen Großeinsatz angeordnet?

Die Gesamteinsatzleitung oblag dem Polizeipräsidium Oberbayern Süd.

Zu 8.: Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus dem tödlichen Vorfall?

Für mögliche Konsequenzen ist der Ausgang des Straf- und Disziplinarverfahrens abzuwarten.

Zu 8.1.: Wie oft wurde in den letzten fünf Jahren bei Festnahmen eines dringend Verdächtigen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht?

Auf Basis des Meldedienstes „Schusswaffengebrauch der Bayerischen Polizei“ wurden durch das Bayer. Landeskriminalamt für den Zeitraum 2009 bis 2013 insgesamt 25 Fälle des polizeilichen Schusswaffengebrauchs gegen Personen recherchiert.

Eine Eingrenzung, ob dieser Schusswaffengebrauch der Gefahrenabwehr oder der Festnahme eines dringend Tatverdächtigen diene, kann nicht vorgenommen werden.

Dazu bedürfte es einer eingehenden Aktenauswertung aller Fälle, die aufgrund der für die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht durchgeführt werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Herrmann
Staatsminister